

BEZIRK LOEBEN

**Niedrigste
Inzidenz der
Steiermark**

Bezirk Leoben liegt bei Coronazahlen derzeit gut.

Seit Wochen zielen alle Bemühungen in der Bekämpfung der Corona-Pandemie darauf ab, die Sieben-Tage-Inzidenz auf einen Wert unter 50 zu drücken. Während viele Regionen davon weit entfernt sind, kratzt der Bezirk Leoben an der 50er-Marke. Gestern lag man bei 67. Am Freitag davor war es gar ein Wert von 60,3. „Damit haben wir nach wie vor in der Steiermark den niedrigsten Wert. Den zweitniedrigsten Wert hat die Stadt Graz mit 77“, so Markus Kraxner, Bezirkshauptmann von Leoben. Die Sieben-Tage-Inzidenz lag gestern für Österreich bei 105,4 und in der Steiermark bei 109,7. Und im Bezirk Leoben verzeichnete man 49 aktiv Infizierte: Außerdem gab es keinen einzigen Fall in neun von insgesamt 16 Gemeinden des Bezirks.

Warum der Bezirk Leoben so niedrige Infektionszahlen habe, lasse sich schwer sagen: „Wir sind in der glücklichen Lage, schon seit Wochen keine Clusterbildungen gehabt zu haben“, sagt Kraxner. Die Pflegeheime seien gut auf die Pandemie-Situation vorbereitet. Kraxner gibt zu bedenken, dass die Sieben-Tage-Inzidenz eine Momentaufnahme darstelle – besonders heruntergebrochen auf eine kleinere Einheit wie einen Bezirk: „Die Sieben-Tage-Inzidenz ist in Bezug auf die vergleichsweise geringe Einwohnerzahl eines einzelnen Bezirks ein extrem beweglicher Wert. Es reicht, wenn ein oder zwei neue Fälle dazukommen, dass der Wert sprunghaft ansteigt.“

Andreas Schöberl-Negishi

**Erst ein Viertel
der Hilfen ist
angekommen**

Im Sonderlandtag kommen auch die Corona-Maßnahmenpakete des Landes zur Sprache. Bis Jahresende flossen 37 Millionen Euro.

Von Wilfried Rombold

Unterstützungspakete im Ausmaß von mehr als 168 Millionen Euro hat die Landesregierung im Vorjahr beschlossen. Doch was davon ist tatsächlich dort angekommen, wo es gebraucht wird? Mit dieser und anderen Fragen wird die Opposition die Regierungsbank in der heutigen Sondersitzung konfrontieren. Antworten darauf gibt eine Zwischenbilanz der Koalition, die sie mit Stichtag 31. Dezember gezogen hat. Wir haben die Zahlen.

Zur Kernfrage: Knapp 37 Millionen Euro aus den Hilfspaketen, das sind 22 Prozent des Gesamtrahmens, wurden bis Ende 2020 ausbezahlt. Als genehmigt galten zu diesem Zeitpunkt 56,4 Millionen Euro. Das klingt nach wenig. Allerdings sind vor allem die schweren Hilfspakete auf mehrere Jahre angelegt. Das trifft besonders auf das Gemeindekonjunkturpaket (Volumen: 68,6 Millionen Euro) zu, das noch bis 2024 läuft. Da fördert das Land ein Viertel der kommunalen Investitionen – al-

lerdings erst, nachdem der Bund als Hauptfördergeber grünes Licht gegeben hat. Noch sind die Gemeinden mit Investitionen zurückhaltend, 94 Anträge sind bisher genehmigt.

Einige Töpfe des Soforthilfepaketes waren hingegen früh geleert. Bei der Telearbeitsplatz-Offensive wurde der geplante Rahmen sogar verdoppelt, 4,4 Millionen Euro flossen in die Schaffung von Heimarbeitsplätzen. Auf fünf Millionen stockte das Land das Budget für den Ankauf von Schutzausrüstung für Heime und Spitäler auf.

Interessant ist auch, in welchen Bereichen noch kaum Geld geflossen ist. Aus dem Härtefonds für Künstler und Sportler, dotiert mit knapp 700.000 Euro, wurden erst 22.600 Euro an insgesamt elf Antragsteller ausbezahlt. Für das zwei Millionen Euro schwere Programm „Aufrechterhaltung des Breiten- und Spitzensports und der Vereinsstrukturen“ wurden im Vorjahr acht Anträge genehmigt und knapp 94.000 Euro überwiesen. Und weil jetzt wieder die Rück-

Sechs dringliche Anfragen

Die Sondersitzung des Landtages wurde von FPÖ und KPÖ beantragt, behandelt werden sechs dringliche Anfragen.

Die Grünen fragen das Corona-Management in den Pflegeheimen ab.

Die FPÖ hakt bei der Rekordarbeitslosigkeit und den Maßnah-

menpaketen des Landes ein und legt bei der Verschiebung der Semesterferien nach.

Die KPÖ thematisiert die Coronaimpfungen und das Amazon-Verteilerzentrum in Graz.

Die Neos sorgen sich um die psychische Gesundheit der Kinder in der Coronakrise.



Landesrätin Barbara Eibinger-Miedl

erstattung der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung gefordert wird: Die kostete das Land im ersten Lockdown sechs Millionen Euro. Dann wurde die Maßnahme auch auf den zweiten Lockdown ausgeweitet und mit maximal zwei Millionen Euro gedeckelt. Eine weitere Verlängerung lehnt die Landesregierung ja ab – man habe seinen Beitrag schon geleistet.

Zu wenig, zu un kreativ, nicht breitenwirksam genug: So beurteilt der freiheitliche Klubchef Mario Kunasek die Hilfspakete der Landesregierung. Im Vergleich zu den etwa gleich großen Nachbarn Oberösterreich und Niederösterreich seien sie wesentlich geringer. Kunasek kritisiert zudem, dass erst ein Bruchteil der Hilfen angekommen sei, andere Pakete seien offenbar zu niedrig dotiert gewesen und daher ausgeschöpft.

„Es braucht ein groß angelegtes Konjunkturpaket, das den Unternehmern, Arbeitnehmern und Kulturschaffenden einen echten Weg aus dieser Krisensituation skizziert“, fordert Kunasek. Auch einen Titelvorschlag hat er dafür: „Steiermark-Plan“.